



Agentur für Arbeit in Leipzig

WALTRAUD GRUBITZSCH / DPA

ARBEITSMARKT

## Bundesagentur entlastet Haushalt

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) wird in diesem Jahr deutlich weniger Geld für Hartz-IV-Empfänger ausgeben als erwartet und damit den Bundeshaushalt 2010 voraussichtlich um knapp eine Milliarde Euro entlasten. Ursprünglich ging die BA davon aus, dass sie im laufenden Jahr für elf Prozent mehr passive Leistungen – also vor allem für Arbeitslosengeld II – aufkommen müsse als im Vorjahr. Weil sich jedoch die Arbeitslosenzahl besser entwickelt als angenommen, rutschen weniger Menschen in Hartz IV ab. Deshalb erwartet die BA in diesem Bereich nun Ausgaben von 13,93

Milliarden statt 14,91 Milliarden Euro. Mit noch höheren Entlastungen des Bundeshaushalts von bis zu zehn Milliarden durch die Nürnberger Behörde rechnet das Bundesfinanzministerium im kommenden Jahr. Die Beamten gehen davon aus, dass die durchschnittliche Arbeitslosenzahl 2011 um bis zu einer halben Million Menschen auf rund drei Millionen sinken könnte. In ihren ökonomischen Eckwerten im April rechnete die Regierung fürs kommende Jahr noch mit 3,43 Millionen Arbeitslosen. Der Grund für den positiven Trend: Die deutsche Wirtschaft erholt sich schneller als erwartet.

SPD

### Rotes Scherbengericht

In der Hartz-IV-Reform und der Renette mit 67 sieht die SPD-Basis die Hauptgründe für die katastrophale Niederlage bei der Bundestagswahl. Bei einer Befragung aller Ortsvereine wurden neben dem „Verhältnis zur Linken“ außerdem häufig „fehlende Glaubwürdigkeit der SPD“, „Profil- und Farblosigkeit“ sowie „Entfremdung der Partei von Mitgliedern und Bevölkerung“ als Ursachen für den Absturz auf 23 Prozent im vergangenen September genannt. Jeder Ortsverein sollte einen Fragebogen ausfüllen und konnte dabei entscheidende Antworten ohne Vorgaben formulieren. Auf die Frage, was im Wahlkampf

besonders positiv gewesen sei, verzeichneten die Auswerter als häufigste Antwort „nichts“, Spitzenkandidat Frank-Walter Steinmeier wurde nur „gelegentlich“ genannt. Als besonders negativ wurden die „fehlende Mobilisierung“ und der „Zustand der Bundes-SPD“ empfunden. Für die Zukunft wünschen sich die Genossen vor allem



Steinmeier

FREDRIK VON ERICHSEN / DPA

Mitgliederbefragungen: 54 Prozent der Ortsvereine meinen, dieses Instrument solle „auf jeden Fall“ eingesetzt werden, 37 Prozent entschieden sich bei dieser Frage für „eher ja“. Auch Mitgliederentscheide werden gewünscht, lediglich ein Fünftel ist skeptisch oder lehnt sie ab. Auf deutlich stärkere Ablehnung stößt ein weiteres Vorhaben von Parteichef Sigmar Gabriel: Er will auch Nichtmitglieder künftig über Kandidaten für öffentliche Ämter mitentscheiden lassen. Das aber lehnen zwei Drittel der befragten Ortsvereine ab. Ein Drittel der Basisgliederungen ist zudem „weniger zufrieden“ oder „unzufrieden“ mit der Arbeit der Parteizentrale. Die SPD hatte Ende März die Fragebögen an etwa 10 000 Ortsvereine verschickt und bis Mitte Mai mehr als 4200 zurückerhalten.